S 202 AS 2224/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 4.
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Deskriptoren Schulgeld

BAföG-Leistungen

Absetzung

Leitsätze Das Schulgeld für den Besuch einer

kostenpflichtigen privaten

Bildungseinrichtung ist keine mit der Erzielung von BAföG-Leistungen

verbundene Aufwendung, weil es nicht durch die Einkommenserzielung bedingt

ist.

Normenkette SGB II § 11b Abs 1 Satz 1 Nr 5

SGB II a.F. § 11b Abs 2 Satz 5

1. Instanz

Rechtskraft

Aktenzeichen S 202 AS 2224/17

Datum 22.07.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 AS 1273/20 Datum 18.10.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 22. Juli 2020 wird zurļckgewiesen.

Â

Die Beteiligten haben einander auch f \tilde{A}^{1}_{4} r das Berufungsverfahren keine Kosten zu erstatten.

Â

Die Revision wird zugelassen.

Â

Tatbestand

Â

Der KlĤger begehrt hĶhere Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) fýr die Zeit vom 25. September 2016 bis zum 31. August 2017.

Â

Der am Šin W geborene Kläger, der seit 2013 die deutÂsche Staatsangehörigkeit besitzt, wohnte zunächst mit seiner hilfebedürftigen Mutter und seiner Schwester in einem gemeinsamen Haushalt. Ab dem 1. September 2011 mietete er ohne vorherige Zustimmung des zuständigen Grundsicherungsträgers eine eigene Einzimmerwohnung mit einer Wohnfläche von 40,00 Quadratmetern und deÂzentraler Warmwasserversorgung an, die er auch im streitigen Zeitraum bewohnte. Er hatte eine Bruttowarmmiete von 406,66 EUR zu zahlen.

Â

Am 3. September 2015 beantragte der Kläger bei dem Beklagten einen BildungsgutÂschein fýr eine beabsichtigte Ausbildung zum Physiotherapeuten. Der Beklagte lehnte den Antrag mit Bescheid vom 3. September 2015 ab.

Â

Am 1. Oktober 2015 nahm der Kläger die Ausbildung zum staatlich anerkannten PhyÂsiotherapeuten an einer privaten Berufsfachschule auf. Die Ausbildungsgebühren beÂtrugen zunächst monatlich 300,00 EUR und anschlieÃ□end im streitigen Zeitraum 350,00 EUR. FÃ⅓r die Monatskarten des öffentlichen Nahverkehrs wandte er jeweils 44,50 EUR auf.

Â

Der Klå¤ger erhielt laufende Leistungen nach dem Bundesausbildungsfå¶rderungsgeÅsetz (BAfå¶G), und zwar in der Zeit vom 1. Oktober 2015 bis zum 30. September 2016 in Hå¶he von 465,00 EUR undå vom 1. Oktober 2016 bis zum 30. September 2017 in Hå¶he von 504,00 EUR. Zudem bezog er bis zum 30. September 2016 Kindergeld in Hå¶he von 190,00 EUR.

Â

Auf den am 5. September 2016 eingegangenen Leistungsantrag des KlĤgers gewĤhrte ihm der Beklagte mit Bescheid vom 14. Oktober 2016 laufende Leistungen zur SicheArung des Lebensunterhalts fA¹/₄r die Zeit vom 1. September 2016 bis zum 31. August 2017, und zwar 45,19 EUR fÃ1/4r den Monat September 2016 und jeweils 415,95 EUR für die Monate Oktober 2016 bis August 2017. Hinsichtlich der Bedarfe für Unterkunft und Heizung für die Zeit vom 1. SeptemÂber 2016 bis zum 24. September 2016 lehnte er den Antrag jedoch mit der Begründung ab, dass der Kläger vor der Vollendung seiÂnes 25. Lebensjahres am 25. September 2016 ohne Zustimmung des Beklagten aus dem Haushalt seiner Mutter ausgezogen sei. Bei der Bewilligung der Leistungen beÂrücksichtigte der Beklagte monatlich fÃ1/4r die Zeit bis zum 24. September 2016 einen Regelbedarf in Höhe von 340,00 EUR und ab dem 25. September 2016 in Höhe von 404,00 EUR sowie einen Mehrbedarf fÃ1/4r dezentrale Warmwasserzeugung in Höhe von 9,29 EUR sowie einen Bedarf für UnterÂkunft und Heizung in Höhe von 406,66 EUR. Der MehrÂbedarf für dezentrale WarmÂwasserzeugung und der Bedarf für Unterkunft und Heizung wurden für den Monat SepÂtember nur anteilig berücksichtigt. Auf die Bedarfe rechnete der Beklagte im gesamten Bewilligungszeitraum die Leistungen der AusbildungsfĶrdeArung von 504,00 EUR nach Absetzung einer Aufwendungspauschale von 100,00 EUR und im September 2016 auch das Kindergeld als Einkommen an.

Â

Der Kläger legte hiergegen am 11. November 2016 Widerspruch ein und gab zur BeÂgründung an, bei der Einkommensanrechnung seien ausbildungsbedingte Ausgaben zu Unrecht unberücksichtigt geblieben. Der Bedarf für Unterkunft und HeiÂzung sei auch für die Zeit vom 1. September 2016 bis zum 24. September 2016 zu erbringen, weil der Umzug wegen beengter Wohnverhältnisse notwendig gewesen sei.

Â

Mit Ã□nderungsbescheid vom 26. November 2016 berücksichtigte der Beklagte, dass der gesetzliche Regelbedarf ab dem 1. Januar 2017 auf 409,00 EUR erhöht wurde. DementspreÂchend berücksichtigte er ab diesem Zeitpunkt einen Mehrbedarf für deÂzentrale WarmÂwasserversorgung in Höhe von 9,41 EUR.

Â

Der Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 20. Januar 2017 unter Beibehaltung seiner Rechtsauffassung zurĽck.

Â

Hiergegen hat der Kläger am 17. Februar 2017 bei dem Sozialgericht Berlin Klage erhoben und höhere Leistungen nur noch für die Zeit vom 25. September 2016 bis zum 31. August 2017 geltend gemacht. Von dem Einkommen seien ausbildungsbeÂdingte Aufwendungen in einer monatlichen Gesamthöhe von

394,50 EUR abzusetzen (350,00 EUR Schulgeld und 44,50 EUR Fahrtkosten).

Â

Mit Ã□nderungsbescheid vom 3. April 2017 hat der Beklagte für den gesamten streitgeÂgenständlichen Zeitraum höhere Leistungen gewährt, und zwar 58,99 EUR für den Monat September 2016, jeweils 454,95 EUR für die Monate Oktober bis Dezember 2016 und jeweils 460,07 EUR für die Monate Januar bis August 2017, indem er das Kindergeld im September 2016 nach Abzug einer Versicherungspauschale von 30,00 EUR und im gesamten Zeitraum nur noch monatliche Leistungen der AusbildungsförÂderung von 465,00 EUR nach Abzug einer Aufwendungspauschale von 100,00 EUR als Einkommen anrechnete.

Â

Ohne vorherige Anhörung hat der Beklagte die bisherigen Bescheide mit Ã∏nderungsÂbescheid vom 27. April 2017 teilweise aufgehoben und die monatlichen Leistungen für die Zeit vom 1. Juni 2017 bis zum 31. August 2017 auf 421,07 EUR verringert, weil er nun wieder monatlich Leistungen der Ausbildungsförderung in Höhe von 504,00 EUR als Einkommen berücksichtigt hat.

Â

Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 22. Juli 2020 abgewiesen und zur BeÂgrù¼ndung angegeben, die angefochtenen Bescheide seien rechtmäÃ□ig. Der Kläger habe fù¼r die Zeit vom 25. September 2016 bis zum 31. August 2017 keinen Anspruch auf höhere Leistungen unter einkommensmindernder Berù¼cksichtigung des SchulgelÂdes. Dieses sei keine mit der Erzielung des Einkommens verbundene notwendige AusÂgabe. Die Ausbildungsförderung sei nicht erbracht worden, weil der Kläger zur Zahlung des Schulgeldes verpflichtet gewesen sei. Zudem wäre es dem Kläger möglich geweÂsen, eine kostenfreie Ausbildung an einer staatlichen Schule in Anspruch zu nehmen. Auch sei er nicht dagegen vorgegangen, dass der Beklagte die Erteilung eines BilÂdungsgutscheines abgelehnt habe. Die einkommensmindernde Berücksichtigung des Schulgeldes wù¼rde nun zu einer indirekten Ausbildungsförderung führen. SchlieÃ□lich wù¼rde eine Berücksichtigung des Schulgeldes zu einer sachlich nicht zu rechtfertigenÂden Schlechterstellung der von den Leistungen nach dem SGB II ausbildungsbedingt ausgeschlossenen Personen führen.

Â

Der Klåger hat gegen das ihm am 11. August 2020 zugestellte Urteil am 9. September 2020 unter Wiederholung und Vertiefung seines bisherigen Vorbringens Berufung einâgelegt. Er habe trotz entsprechender Bemã¼hungen keinen kostenfreien Ausbildungsâplatz erhalten, ohne dass er hierã¼ber Nachweise vorlegen kã¶nne.

In der mündlichen Verhandlung vom 18. Oktober 2023 hat der Beklagte den Ã∏ndeÂrungsbescheid vom 27. April 2017 aufgehoben.

Â

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 22. Juli 2020 aufzuheben und den BeÂ-klagten unter $\tilde{\mathbb{A}}$ nderung des $\tilde{\mathbb{A}}$ nderungsbescheides vom 3. April 2017 zu verurÂteilen, ihm f $\tilde{\mathbb{A}}$ 1/4r die Zeit vom 25. September 2016 bis zum 31. August 2017 h $\tilde{\mathbb{A}}$ 1 here Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zu zahlen.

Â

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurĹ/4ckzuweisen.

Â

Er hÃxlt die erstinstanzliche Entscheidung für zutreffend.

Â

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der BeÂteiligten wird Bezug genommen auf den Inhalt der Gerichtsakten sowie auf die VerwalÂtungsvorgänge des Beklagten, die vorgelegen haben und Grundlage der Entscheidung geweÂsen sind.

Â

EntscheidungsgrÃ1/4nde

Â

Die zulĤssige Berufung ist unbegründet, nachdem der Beklagte den Ã∏ndeÂrungsbeÂscheid vom 27. April 2017 in der mündlichen Verhandlung aufgehoben hat. Das SoziÂalgericht hat die verbliebene Klage zu Recht abÂgewiesen. Diese ist als kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage gemäÃ∏ § 54 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 SGG zulässig. Der Klagegegenstand ist nur noch der Ã∏ndeÂrungsbescheid vom 3. April 2017, der die vorherigen Bescheide vollständig ersetzt und damit erledigt hat (vgl. BundessozialgeÂricht, Urteil vom 19. Mai 2021, B 14 AS 19/20 R, Rn. 11; Urteil vom 30. März 2017, B 14 AS 34/15 R, Rn 10; Urteil vom 29. April 2015, B 14 AS 8/14 R, Rn. 10; Urteil vom 7. Juli 2005, B 3 P 8/04 R, Rn 18; hier und nachfolgend alles zitiert nach JURIS).

Â

Die Klage ist jedoch unbegründet. Der Ã□nderungsbescheid vom 3. April 2017 ist rechtÂmÃxÃ□ig. Der KlÃxger hat keinen Anspruch auf höhere Leistungen zur Sicherung des LeÂbensunterhalts für die Zeit vom 25. September 2016 bis zum 31. August 2017. Als Anspruchsgrundlage kommen nur die §Â§ 7 Abs. 1 Satz 1, 19 Abs. 1 SGB II in der im streitigen Zeitraum geltenden Fassung vom 13. Mai 2011 (BGBI. I S. 850) in Betracht.

Â

Die allgemeinen Leistungsvoraussetzungen des $\frac{\hat{A}\S 7 \text{ Abs. } 1 \text{ Satz } 1 \text{ SGB II}}{1 \text{ Maren erf} A}^{1}$ ult. Der KlAxger hatte die Altersgrenze des $\frac{\hat{A}\S 7 \text{ Abs. } 1 \text{ Satz } 1 \text{ SGB II}}{1 \text{ Noch nicht erreicht,}}$ war sowohl erwerbsfAxhig als auch hilfebedA 1 4rftig und hatte seinen gewA¶hnlichen Aufenthalt in Deutschland.

Â

Er war als Auszubildender nicht von den Leistungen zur Sicherung des LebensunterÂhalts ausgeschlossen. Nach <u>§ 7 Abs. 5 Satz 1 SGB II</u> in der Fassung vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) haben zwar Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des BAföG dem Grunde nach förderungsfähig ist, über die Leistungen nach <u>§ 27 SGB II</u> hinaus keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Der KlA¤Âger wird jedoch durch die RA¼ckausnahme des § 7 Abs. 6 Nr. 2 Buchst. a) SGB II beÂgünstigt. Danach ist der Leistungsausschluss nicht anzuwenden auf Auszubildende, deren Bedarf sich nach den §Â§ 12, 13 Abs. 1 in Verâbindung mit Abs. 2 Nr. 1 oder nach â§ 13 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 2 BAföG bemisst und die Leistungen nach dem BAföG erhalten oder nur wegen der Vorschriften zur Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nicht erhalten. Der Bedarf des Klägers richtete sich im streitigen Zeitraum nach â§ 12 Abs. 2 Nr. 1 BAföG in der bis zum 15. Juli 2019 geltenden Fassung vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2476). Danach gelten für Schüler von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und BeÂrufsfachschulen sowie von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abÄgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, 504,00 EUR als monatlicher BeÂdarf, wenn der Auszubildende nicht bei seinen Eltern wohnt. Diese Voraussetzungen waren hier erfüllt. Der Kläger erhielt auch Leistungen nach dem BAföG.

Â

Die Leistungsberechnung des Beklagten ist nicht zu beanstanden. Er berücksichtigte gemäÃ∏ <u>§ 20 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5 Satz 3 SGB II</u> in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung in Verbindung mit der Bekanntmachung über die Höhe der RegelÂbedarfe vom 22. Oktober 2015 (<u>BGBI. I S. 1792</u>) beziehungsweise gemäÃ∏ § 20 Abs. 1a) und Abs. 2 Satz 1 SGB II in der seit dem 1. Januar 2017 geltenden Fassung vom 22. Dezember 2016 (<u>BGBI. I S. 3159</u>) in VerbinÂdung mit der Anlage zu § 28 des ZwölfÂten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB XII) den Regelbedarf für Alleinstehende, der bis zum 31.

Dezember 2016 404,00 EUR und ab dem 1. Januar 2017 409,00 EUR betrug. Für den Monat September 2016 erkannte er den Regelbedarf dem Kläger zu Recht gemäÃ∏ § 41 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 SGB II nur anteilig zu. Zudem berücksichtigte der Beklagte gemäÃ∏ § 21 Abs. 7 Satz 1 und Satz 2 Nr. 1 SGB II einen Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserbereitung im Umfang von 2,3 Prozent des jeweils maÃ∏gebliÂchen Regelbedarfes. SchlieÃ∏lich stellte er in Ã∏bereinstimmung mit § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II den Bedarf für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen AufwendunÂgen in die Berechnung ein.

Â

Auch die Einkommensanrechnung des Beklagten ist nicht zu beanstanden. Nach § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II in der vom 1. August 2016 bis zum 30. Juni 2023 geltenden Fassung (a. F.) vom 26. Juli 2016 (BGBI. I S. 1824) sind alle Einnahmen in Geld abÂ-züglich der nach § 11b SGB II abzusetzenden Beträge mit Ausnahme der in § 11a SGB II genannten Einnahmen als Einkommen zu berücksichtigen. Dies gilt nach § 11 Abs. 1 Satz 5 SGB II a. F. auch für das Kindergeld. Offen bleiben kann hier die Frage, ob das im September 2016 zugeflossene Kindergeld gemäÃ∏ § 6 Abs. 1 Nr. 1 der ArÂbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung gesondert um eine Versicherungspauschale zu bereiniÂgen war. Denn insoweit handelt es sich lediglich um eine rechtliche BegünsÂtigung des Klägers.

Â

Die Leistungen der Ausbildungsfå¶rderung wurden von dem Beklagten zutreffend als Einkommen angesehen. Sie sind nicht als zweckbestimmte Einnahmen von der Anârechnung ausgenommen. Nach <u>â§ 11a Abs. 3 Satz 1 SGB II</u> a. F. sind zwar Leistungen, die aufgrund å¶ffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrã½cklich genannten Zweck erbracht werden, nur so weit als Einkommen zu berã¼cksichtigen, als die Leisâtungen nach diesem Buch im Einzelfall demselben Zweck dienen. Jedoch sind gemã¤ã∏ <u>â§ 11a Abs. 3 Satz 2 SGB II</u> a. F. unter anderem die Leistungen der Ausbildungsfã¶rdeârung nach dem BAfã¶G abweichend von Satz 1 als Einkommen zu berã¼cksichtigen. Ausweislich der Gesetzesbegrã¾ndung wollte der Gesetzgeber alle Einkã¼nfte von Ausâzubildenden gleich behandeln, so dass alle Fã¶rderleistungen â∏ungeachtet der Zweckâbestimmung einzelner Teile der Leistung als Einkommen zu berã¼cksichtigen sindâ∏∏ (<u>BT-Drucksache 18/8041, S. 33</u> f.).

Â

Soweit der Beklagte die Ausbildungsf \tilde{A} ¶rderung im gesamten streitigen Zeitraum zu Un \hat{A} recht monatlich auf nur 465,00 EUR bezifferte, obwohl sie seit dem 1. Oktober 2016 tats \tilde{A} ¤chlich 504,00 EUR betrug, stellt sich diese Regelung aus der Sicht des Kl \tilde{A} ¤gers als lediglich beg \tilde{A} ½nstigend dar.

Â

Zu Recht setzte der Beklagte von der AusbildungsfĶrderung nur eine Pauschale

von 100,00 EUR ab. Denn nach § 11b Abs. 2 Satz 5 SGB II a. F. sind von den in § 11a Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 bis Nr. 5 SGB II genannten Leistungen, von dem Ausbildungsgeld nach dem Dritten Buch des Sozialgesetzbuches sowie von dem erhaltenen UnterhaltsÂbeitrag nach § 10 Abs. 2 des AufstiegsfortbildungsfĶrderungsgesetzes für die AbsetzÂbeträge nach § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis Nr. 5 mindestens 100,00 EUR abzusetzen, wenn die Absetzung nicht bereits nach den Sätzen 1 bis 3 erfolgt. Dem Gesetzgeber ging es bei dieser Vorschrift nach MaÃ∏gabe der Gesetzesbegrþndung in erster Linie darum, die Anerkennung von Fahrkosten bei Auszubildenden, die ergänzendes ArÂbeitslosengeld II erhalten, aus Gründen der Gleichbehandlung und Vereinfachung weitgehend einheitlich zu regeln. Der Grundabsetzbetrag von 100,00 EUR soll die AbÂzugsbeträge nach § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis Nr. 5 SGB II pauschalieren. Höhere Beträge sollen auf Nachweis absetzbar sein (BT-Drucksache 18/8041, S. 33, 36).

Â

Weitere Absetzungen waren hier aber nicht vorzunehmen. Insbesondere kann sich der KIÄxger nicht auf <u>§ 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB II</u> berufen. Danach sind die mit der Erzielung des Einkommens verbundenen notwendigen Ausgaben vom Einkommen abzusetzen. Bereits der Wortlaut der Norm zwingt zu einem Verständnis, wonach nur die Ausgaben abzusetzen sind, die gerade durch die Erzielung des jeweiligen EinkomÂmens kausal verursacht sind, denn nur solche Ausgaben sind mit der Erzielung des Einkommens notwendig verbunden. Dass eine kausale Verbindung zwischen dem erAzielten Einkommen und den abzusetzenden Ausgaben bestehen muss, ergibt sich auch daraus, dass anderenfalls eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung zwißschen Leistungsbeziehern mit eigenem Einkommen und solchen ohne eigenes EinÂkommen bestünde. Leistungsbezieher mit eigenem Einkommen kA¶nnten ihren LeisAtungsanspruch unter Hinweis auf berufsbezogene, aber nicht konkret mit der EinkomÂmenserzielung verbundene Ausgaben erhå¶hen, wĤhrend Leistungsbeziehern, die keiÂnerlei Einkommen haben, diese Möglichkeit versperrt wäre (Bundessozialgericht, UrÂteil vom 19. MÃxrz 2020, <u>B 4 AS 1/20 R</u>, Rn. 33; Urteil vom 15. Juni 2016, <u>B 4 AS 41/15 R</u>, Rn. 22; Urteil vom 19. Juni 2012, <u>B 4 AS 163/11 R</u>, Rn. 19).

Â

Demnach ist das Schulgeld fþr den Besuch einer kostenpflichtigen privaten Schule oder Bildungseinrichtung schon deshalb keine mit der Erzielung von Einkommen verÂbundene Aufwendung, weil es nicht durch die Einkommenserzielung bedingt ist. Im Gegenteil können Leistungen nach dem BAföG nur gewährt werden, wenn eine Schule besucht wird, und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine private oder eine öffentliche Schule handelt. Das Ausbildungsförderungsrecht kennt keinen erÂhöhten Leistungssatz, wenn die Ausbildung in privaten Einrichtungen höhere KosÂten verursacht. Es fehlt daher in solchen Fällen regelmäÃ∏ig an einem kausalen Zusammenhang zwischen dem erhöhten Kostenaufwand und dem Erzielen von Einkommen in Form der Leistungen nach dem BAföG (Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 20. Januar 2009, L 28

AS 1919/07, Rn. 45 ff.; Beschluss vom 6. August 2007, L 5 B 949/07 AS ER, Rn. 17; Urteil vom 19. Juli 2007, L 5 AS 1191/05, Rn. 41 ff.; Sächsisches Landessozialgericht, Beschluss vom 26. September 2012, L 3 AS 408/12 B ER, Rn. 28; Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 4. März 2008, L 13 AS 205/07, Rn. 31; Hengelhaupt, in Hauck/Noftz, SGB II, 8. Ergänzungslieferung 2023, §Â 11b Rn. 289; abweichend: Landessozialgericht HamÂburg, Beschluss vom 18. Juni 2019, L 4 AS 155/19 B ER, Rn. 8; LandessozialgeÂricht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 6. März 2008, L 28 AS 1276/07, Rn. 29; Beschluss vom 26. März 2007, L 32 B 399/07 AS ER, Rn. 8; zur Rechtslage bis zum 31. Juli 2016: Bundessozialgericht, Urteile vom 17. März 2009, BÂ 14 AS 63/07Â R, Rn. 33 f.; BÂ 14 AS 62/07Â R, Rn. 32 f.; BÂ 14 AS 61/07Â R, Rn. 32 f.; nachgehend BundesverfasÂsungsgericht, Beschluss vom 7. Juli 2010, 1 BvR 2556/09, Rn. 26).

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>ŧ 193 SGG</u>. Die Bildung einer Kostenquote ist entbehrlich, da der Teilerfolg des KlĤgers nicht wesentlich ins Gewicht fĤllt.

Â

Die Revision ist zuzulassen, da die Rechtssache im Sinne des <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1</u> <u>SGG</u> grundsätzliche Bedeutung hat.

Â

Erstellt am: 18.01.2024

Zuletzt verändert am: 22.12.2024